

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biedrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorisch in Biedrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich.

Stilalerepition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 Spalten
Colonne oder deren Raum 20 Pfg.
Reklameweile 60 Pfg.

102.

Dienstag, den 2. September 1919

Deutschland
7. September (Main) 1919

13. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 547.

Die Gemeinde-Waldwörterstelle Biedrich in der Oberförsterei Cronberg, mit dem Wohnsitz in Hainheim, Landkreis Wiesbaden, gelangt mit dem 1. November 1919 zur Neubewertung. Mit der Stelle, welche die Waldungen der Gemeinde Biedrich mit einer Fläche von 285 Hektar umfasst, ist ein Jahresentgelt von 1000 Mark, steigend von der Stellenübertragung ab von 3 zu 3 Jahren um je 100 M., bis zum Höchstbetrag von 1600 M., verbunden, um je 100 M. bis zum Höchstbetrag von 12. Oktober 1897 pensioniert. Außer dem baren Gehalte wird freie Dienstwohnung und freie Dienstreise bis zu jährlich 10 km. Verhütung und 50 Meilen bewilligt. Die freie Dienstwohnung und das Freireisengeld sind mit 200 M. bzw. 35 M. beim Ruhestand anzurechnen.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probezeit.

Bewerbungen sind bis zum 10. Oktober d. J. an die Oberförsterei Cronberg in Cronberg i. T. zu richten.

Es wird bemerkt, daß nur Bewerber mit fortlicher Vorbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Der Regierungspräsident.
J. A. v. Hammerstein.

Wird bekanntgegeben.

Wiesbaden, den 26. August 1919.

Der Landrat.

J. B. Dr. Müller.

Nr. 11. 445 411.

Nr. 548.

Bekanntmachung.

Nachdem zufolge Anordnung betreffend ein vereinfachtes Eintragungsverfahren vom 17. 11. 1918 (R. G. S. 179) und nach Anhörung des Verwaltungsausschusses des Bezirksverbandes der Justizverwaltung der Angelegenheit für das von dem Bezirksverband des Verwaltungsbezirks Wiesbaden zum Umbau des Regionalbezirks Wiesbaden-Schierstein in eine Bezirksstelle benötigte Gebäude ausgehend, zunächst darauf angetragen, daß das Verfahren auf Befehl gemäß § 8 der Verordnung vom 11. September 1914 in Verbindung mit § 2 d. der Verordnung vom 17. November 1918 (R. G. S. 179) eingestellt werde. Zur örtlichen Verhandlung über die Befehlseinweisung, wobei der durch die Befehlseinweisung entstehende Schaden unter Zustimmung von Sachverständigen ermittelt werden wird, ist Termin für die in Gemartung Biedrich a. Rh. belegenen Grundflächen auf Donnerstag, den 4. September 1919, vormittags 9 Uhr beginnend, im Gemeindegemach in Schierstein, vormittags 9 Uhr beginnend, im Gemeindegemach in Schierstein anberaumt. Der Termin für die in Gemartung Biedrich a. Rh. belegenen Grundflächen auf Samstag, den 6. September 1919, vormittags 9 Uhr beginnend, im Gemeindegemach in Schierstein anberaumt.

Von diesen Terminen gebe ich den Beteiligten mit dem Anheften des Beschlusses, daß sie ihre Interessen im Termin wahrnehmen können. Dieser Anheftung im Termin bedarf es nicht. Auch können sich Beteiligte in den Terminen durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen.

Wiesbaden, den 22. August 1919.

Der Regierungspräsident als Demobilisationskommissar.
J. B. Blum.

Nr. 549.

Die Bezirksstelle Biedrich a. M. sandte an den Kreis-

auswärtiges folgende Telegramm:
Zur Erleichterung einer besseren Schlichtungsbewertung wird die Zeit vom 15. August bis 15. September zu den Kindertarifen für A- und B-Klasse ein Zuschlag von zwanzig Mark je Zentner gewährt also einhundertzwanzig bzw. einhundertdreißig Mark je Zentner bezahlt und für die Zeit vom 15. September bis 15. Oktober ein Zuschlag von zehn Mark je Zentner also einhundertzwanzig bzw. einhundertdreißig Mark. Vom 15. Oktober ab werden wieder die Normalpreise eintreten.

Bezirksstelle Biedrich.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 26. August 1919.

Der Vorsitzende des Kreisaustrusses.
J. B. Dr. Müller.

Nr. 11. 446 1.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Aus der französischen Kammer.

M. Verallies, 28. August. Die Debatte über die Ratifikation des Friedensvertrages wurde in der Kammer gestern fortgesetzt. Der Sozialist Desjardins vertrat den Standpunkt, daß die Ratifikation des Krieges nicht gemacht werden dürfe. Wenn man sich die Ratifikation des Krieges nicht leisten würde, würde es sich gegen den Krieg auswirken. Die Friedensbedingungen seien aus einem engen Geiste heraus geboren und gäben eine neue Form der Völker gegeneinander. Alles Versteht man, daß der Krieg die nationale Grenze für das Volk und die Sorge für die Zukunft sei. Die Entlassung Deutschlands an den Rheinern habe nur eine negative Sicherheit. Man habe nicht mit dem Reich, sondern mit den Vertretern der Einzelstaaten verhandelt. Der französisch-englisch-amerikanische Vertrag sei ungenügend. Nach seiner Ansicht hätte man eine lateinische Allianz schließen müssen. Beide Deputierten traten für die Ratifikation des Friedensvertrages ein. Die Aussprache wird heute fortgesetzt. Es hat bisher kein großes Interesse erregt. Gestein mochten die Debatte nur ungefähr 150 Abgeordnete bei.

My Paris, 29. August. Die französische Kammer schloß am Donnerstag die Diskussion über den Friedensvertrag fort. Der Abgeordnete Danciel bedauerte, daß die Vertreter Frankreichs nicht ein-

erminderung der deutschen Einheit erreichen konnten. Der Sozialist Bismarck sagte, daß die deutschen Sozialisten mit der Ratifikation des Friedensvertrages nicht ihre Pflicht erfüllten und daß sie ein Verbrechen begingen, welches auf der ganzen Welt beruhte. Die französischen Sozialisten hätten keine Verantwortung an der Ratifikation, da Frankreich ungerechtweise angegriffen und Belgien verzwungen worden sei. Bismarck erklärte, daß der Vertrag niemandem befriedige. Das Wort der Zeiten und die Größe der Opfer Frankreichs berechnen dazu, daß man besserer erwarte. Er schloß mit der Erklärung, daß er der Regierung die Verantwortung für den Vertrag überläßt, der ihm ungenügend erscheine, um den Frieden zu sichern. Darauf wird die Fortsetzung der Debatte auf Freitag verschoben.

Der Reichspräsident in Karlsruhe.

my Karlsruhe, 29. August. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister

von Karlsruhe, 29. August. Heute vormittag fand eine

Sitzung des Staatsministeriums statt, an der Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister von Karlsruhe teilnahmen. Dabei trat der Reichspräsident entgegen der in einigen Kriegsgefangenenlagern zutage getretenen Meinung entgegen, die deutsche Reichsregierung habe sich für die Heimbringung der Kriegsgefangenen nicht genügend eingesetzt. Mittags fand in den Reichshofräumen des Staatsministeriums ein Bankett statt. Um 4 Uhr nachmittags empfing der Reichspräsident die Vertreter der Presse, er gab auf verschiedene Fragen zufriedenstellende Antworten und gab u. a. die kulturelle Bedeutung der Presse hervor. Das Zeitungsgewerbe bezeichnete er als lebenswichtigen Betrieb, der auch in der Kohlenverfeuerung Berücksichtigung verdiene. Um 5 Uhr nachmittags reisten die Gäste nach Baden-Baden, von wo morgen die Weiterreise nach Darmstadt erfolgt.

my Karlsruhe, 29. August. Bei der Sitzung des Staatsministeriums führte Reichspräsident Ebert weiter aus, die Kohlenfrage sei auch zur Transportschwierigkeit geworden. Die Arbeitsleistung in den Betrieben und Werften sei leider so beschränkt, daß die Fertigstellung der Apparaturen weit hinter den Bedürfnissen zurückbleibe. Man könne dennoch, die Kohlenfrage zu überwinden. Reichswehrminister von Karlsruhe auf die kommunikativen und wirtschaftlichen Bewegung zu sprechen und führte aus, die Hauptlast seien Kohlen und damit Arbeitslosigkeit für den Winter; dann können wir über die von den Kommunisten etwa geplanten Unternehmungen hinweg. In der Besprechung wurde auch die Frage der Rheinwasserkräfte im Zusammenhang mit der Elektrizitätsversorgung erörtert und betont, daß die Erklärungen Bismarcks auf diesem Gebiet dem Reich nützlich gemacht werden müßten. Auf eine Frage erklärte Reichspräsident Ebert, die Förderung der Rheinwasserkräfte sei nicht gleichbedeutend mit der Förderung der bundesstaatlichen Stammeseigenen und Selbstständigkeit der landesgesellschaftlichen Tätigkeit. Nach der Besprechung besuchten die Gäste und die Regierungsmitglieder das Haus-Thomas-Museum. Bei der Mittagspause hielt Staatspräsident Ebert die Begrüßungsansprache, in der er versicherte, daß Bismarck Land und Volk volles Vertrauen zum Reich hätten und wie bisher, so auch in Zukunft mit ihm und dem Reich stehen würden. Das deutsche Volk könne und dürfe nicht untergehen. Eine gewisse Krankheit unseres Volkstums werde hoffentlich bald überwinden und das deutsche Volk wieder ein einiges, heiliges und zuverlässiges Volk werden. Der Reichspräsident dankte für die freundlichen Begrüßungsworte. Dann betonte er besonders den Bedeutung der Innern und bezeichnete als gemeinsames Ziel die feste Verankerung des Volkes, auf dem das neue Reich aufgebaut werden solle. Dazu sei die Verfassung auf einem demokratischen Grundgesetz gegründet. Aufrechterhalten und sinnvollen Staats werde die Regierung mit aufrichtiger Entschiedenheit entgegenzutreten. Der Reichspräsident hob dann hervor, daß die Besprechungen von heute morgen volles Einverständnis in allen berührten Fragen ergeben hätten. Da unser Völkchen tatsächlich in der Kohlenförderung und in der Transportfähigkeit liegt, so müßten wir vor allem an die Bergarbeiter, sowie an die Beamten, Angestellten und Arbeiter appellieren, daß nicht unser Volk durch finanzielle Strafen einer schweren Krisis entgegenstehe. Wenn es uns gelinge, neben dieser nachfolgenden Sorge die Schwierigkeiten, die uns der Friede auferlegt, zu überwinden, dann würden wir wieder Taten entgegenbringen, wo unser Volk und unsere Wirtschaft vorwärts und aufwärts kämen. Bismarck habe den Reichsgedanken immer mit Rührkraft vertreten und mit gutem Erfolg. Die Zeit der Ratifikation des Friedensvertrages im Reich sei früher. Niemand wolle rüden an der Eigenart unserer Volkstümlichkeit, aber gerade in den Grenzländern, wie es auch Baden jetzt sei, sei man sich der Reichsgedanke in den letzten Monaten fort erschüttert worden, und das glaube er nicht zu irren, daß Baden in seiner alten, treuen Weise zum Reich stehe. Der Eindruck des Reichspräsidenten galt dem Badener Lande.

David und Müller über die Lage.

Der mehrheitssozialistische Parteiausschuß hat am Donnerstag über die politische Lage beraten. Reichsminister des Innern, Dr. David, erläuterte den Bericht. Er führte aus, daß die Mehrheit der Unzufriedenen ganz automatisch eine Erhöhung der „reaktionären Gefahr“ mit sich bringt. Eine Gefährdung sei vor allem nur möglich, wenn die Arbeiterbewegung wieder belebt werde. Die mehrheitssozialistische Partei muß den Mut haben, mit aller Schärfe gegen die von den Unabhängigen und Kommunisten betriebene Streikbewegung aufzutreten, unter der schließlich die arme Bevölkerung am meisten leiden müsse. „Hätten wir Köpfe“, sagte der Minister, „dann hätten wir Kommunisten und Arbeiter, und dann hätten wir auch Transportmittel, weil dann ja alle Verkehrsverbindungen arbeiten könnten. Wir müssen den Massen auch immer und immer wieder sagen, was politisch zu erwarten ist, daß wir keine politische Freiheit haben, wie sie nach der Jahresfrist, als wir ein vernünftiges Wahlrecht in Preußen kämpften, niemand auch nur geglaubt hat. Heute sehen Sozialdemokraten in den feindlichen Stellen, und nun müssen allerdings auch die Anhänger der Partei im Lande sich der Regierung gegenüber anders stellen als früher. Wir der bequemen Opposition hat es ein Ende. Angriffe gegen die Regierung sind jetzt zweifelhafte Manöver, die in der Regierung verlorene Partei. David forderte zum Schluß zu energischer Propaganda auf. In der Erörterung wurde von einem Redner verlangt, daß auch die Regierungsmitglieder etwas mehr Vertrauen zu den

Parteien haben müssen. Wegen der nächsten Wahlen gebe man sich in weiten Parteikreisen allzu großen Befürchtungen hin. Von zahlreichen Teilnehmern wurde energisch die von links drohende Gefahr erörtert. Krüger (Berlin) lehnte u. a. unbedingt den „Einigungssinn“ ab. Reichsminister des Innern, Herrmann Müller, erklärte: Die Gefahr von rechts ist deshalb nicht groß, weil die deutsche Arbeiterbewegung ein monarchisches Regime einfach nicht gefallen lassen würde. Den Unabhängigen aber müssen wir ins Gesicht sagen, daß sie nicht den Mut haben, das zu tun, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich Anhänger der dritten Reichs-Internationalen. Das sehen die Arbeiter aber glücklicherweise in steigendem Maße ein.

Die Handelskammern gegen das Reichsnotopfer.

Der am 27. August d. J. in Berlin versammelte Bundesausschuß der preussischen Handelskammern hat zu dem Gegenstand eines Reichsnotopfers einstimmig folgenden Bescheid gefaßt: Zur Abhilfe der finanziellen Not des Reiches sowie zur Förderung des sozialen Ausgleichs ist der Befehl in weisem Maße zu den Steuerlasten heranzuziehen. Das Kapital darf aber nicht derart konfiskiert werden, daß das Unternehmertum leistungsfähig wird. Ohne ein leistungsfähiges und kreditfähiges Unternehmertum ist der nötige Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft unabwendbar. Der vorliegende Gegenstand muß unbedingt abgelehnt werden, weil er Industrie und Handel und alle darin schaffenden Kräfte mit dem Untergang bedroht. Will man unter voller Berücksichtigung des eingangs aufgestellten Grundgedankes die Gefahr abwenden, so ist der allein geeignete Weg die Verbindung einer Leistungs- und Kreditfähigkeit des Unternehmertums. Schonenden Kapitalabgabe mit einer Einkommensteuer. Beides kann nur im Zusammenhang miteinander bearbeitet und beurteilt werden. Der Bundesausschuß hat die geeigneten Schritte getan, um diese Auffassung bei den maßgebenden Stellen zur Geltung zu bringen.

Die Kräfte im Weltkrieg.

General von Holtzmann nimmt in der „Kreuzzeitung“ Stellung zu einem Aufsatze des Obersten Bauer über die Kräfte im Weltkrieg, der in derselben Zeitung erschienen war. Holtzmann schreibt: 1. Daß wir uns vor Beginn verheiratet hatten, ist nicht richtig. Da dort noch nicht der fünfte Teil des Feldheeres gefochten hatte, kann von einem allgemeinen Verluste überhaupt nicht die Rede sein. Unsere Verluste hängen zu den feindlichen im Verhältnis wie etwa 2 zu 3; sie waren also zum mindesten nicht vergrößert. Durchschnitlich haben wir während der letzten Monate der Kämpfe im Westgebiet „vor Verdun“ monatlich etwa 3000 Mann verloren. Mit Beibehaltung könne eine große Zahl sehr viel kürzerer Zeitschnitte des Krieges angeführt werden, in denen die Verluste empfindlich höher, das Ergebnis magerer war.

2. Unter Verteidigungsverhältnissen hat an der Somme nicht verlor. Dem Feinde ist es trotz seiner unbeschweren Ueberlegenheit an Truppen wie Material in sechs Monaten nur gelungen, unsere Front in 20 Kilometer Breite, an den tiefsten Stellen um 7 Kilometer zurückzubringen. Daß er dabei viel schwerere Verluste gehabt hat, als wir, zeigen die Verlustlisten. Schnelle und auch wohl größere Erfolge haben wir und hat er bei jedem Großangriff erzielt. Auch dieser Erfolg wäre ihm kaum geblieben, wenn wir nicht gezwungen gewesen wären, die zum Gegenstoß zurückgehaltenen Reserven und ungeschlagenen Mannschaften nebst Munition nach Ostfronten abzugeben, wo die überaus ungünstige Front im Juni 1916 vor dem Ortungsunternehmen der deutschen gleich starken Truppen Bruchstücke gegen jede Erwartung der dafür vereinbarten Stellen flüchtig zusammengebrochen war.

3. Daß wir bei dieser Gelegenheit aus dem Westen kaum Truppen zu Hilfe abgeben konnten, ist unrichtig. In der Tat ist fast eine Viertel Million Mann dem Osten zur Verfügung gestellt worden.

4. Daß „alles verloren“ ist, als Rumoren den Krieg erklärte, ist eine subjektive Auffassung des Verfassers, dem, da er in weiniger Sache mehr rechte Dinge zu bearbeiten hätte, nur ein beschränkter Einblick in die Kriegsbildung gestattet war. In Wirklichkeit war die Lage zwar recht ernst — anders wie ernst ist sie seit Mitte September 1914 nie gewesen und häufig recht ernst — aber durchaus nicht „verloren“. Dies im einzelnen darzulegen, ist hier nicht möglich. Der letzte Beweis für meine Ansicht ist, daß die Lage nach dem ebenfalls angesprochenen Urteil meines Nachfolgers im Amt nach ganz kurzer Zeit sogar als gut angesehen wurde, und zwar bevor sich sein Wirken hätte geltend machen können.

5. Die Verdienste meines Nachfolgers oder meines Generalquartiermeisters um den rumänischen Feldzug sollen hier weder untersucht noch bestritten werden. Das Hauptverdienst an dem glatten Verlauf des Feldzuges fällt aber ganz zweifellos der kämpfenden Armee zu. In die D. S. L. beendeten Vorbereitung des Feldzuges und der Tapferkeit der Truppen zu.

Kleine Mitteilungen.

Neu York. Die Regierung hat an die Pariser Wiedergutmachungskommission das Entschlossen, ihr die Einfuhr eines Halbjahresbedarfs an Kartoffeln aus Deutschland zu gestatten.

Was alles freigegeben wird. Hülsenfrüchte und Reis werden sofort nach Aufhebung der Drahtensperre freigegeben werden. Ferner ist in Aussicht genommen, die Tätigkeit der Wirtschaftsstellen für Tee und Kaffee auf die Ueberwindung der Einfuhrbeschränkungen und in absehbarer Zeit ganz zu befreien. Nur die Einfuhr von Kaffee-Fertigerzeugnissen soll scharf beaufsichtigt werden. Dagegen wird die Einfuhr von Rohkaffee nach Aufhebung der Devisenbeschränkung gleichfalls völlig freigegeben werden.

Berlin. Infolge der Kohlennot ist auch mit einer starken Einschränkung des Straßenbahnverkehrs zu rechnen. Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß die Straßenbahnen, die eine der Hauptverbraucher an elektrischer Kraft sind, in derselben Weise wie bisher beliefert werden. Das Gleiche gilt übrigens auch von den Leistungsfähigkeiten, jedoch mit einer weiteren Einschränkung der Leistungen gerechnet werden muß.

Eine neue Mittelstandspartei. Der „Täglichen Rundschau“ wird erklärt, daß im Saarland Bestrebungen im Gange sind, eine eigene Partei des Mittelstandes und der freien Wirtschaft zu begründen und bei den nächsten Reichstagswahlen selbständig vorzutreten.
